



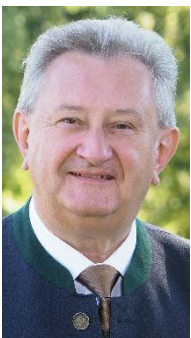
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

die Senioren-Union in Bayern hat einen großen Verlust zu beklagen. Wir trauern um unseren Bezirksvorsitzenden von Oberfranken, Staatssekretär a.D. Jürgen W. Heike. Mit ihm verlieren wir eine großartige Persönlichkeit, die sich trotz langer, schwerer Krankheit bis zum Schluss für andere und für die fränkische Heimat engagiert hat. Er war ein Vollblut-Politiker, hochkompetent und über die Parteigrenzen hinaus geachtet. Als Mensch hat er nie die Bodenhaftung verloren und ist offen auf jedermann zugegangen. Er war ein würdiger und sympathischer Träger des bayerischen Verdienstordens. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau und Familie.

Darüber hinaus darf ich Sie darüber informieren, dass der SEN-Landesvorstand am 17. Februar dieses Jahres ein Gespräch mit unserem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann zur Inneren Sicherheit und zur Verkehrspolitik geführt hat. Dieses Gespräch haben wir in Abstimmung mit dem Ministerium in einer Presseinformation zusammengefasst, die Sie auf den nachfolgenden Seiten lesen können.

Mit einer weiteren Presseinformation hat sich die SEN gestern beim Thema Werbung für Abtreibung zu Wort gemeldet. Für uns stand und steht der Schutz des Lebens im Vordergrund. Wir halten es für unverantwortlich, die Möglichkeit zu eröffnen, für einen Schwangerschaftsabbruch zu werben. Als CSU haben wir hier eine ganz klare Haltung. Wir stehen nach wie vor für Verantwortung, Verlässlichkeit und Vertrauen. Daran müssen wir festhalten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute, bleiben Sie gesund!



Herzliche Grüße
Ihr

Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender



**Die Senioren-Union (SEN) trauert um ihren
Bezirksvorsitzenden von Oberfranken,
Staatssekretär a.D. Jürgen W. Heike,
Mitglied des Bayerischen Landtags 1994-2018.**



Presseinformation

Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann zur Inneren Sicherheit und zur Verkehrspolitik

Staatsregierung schützt Senioreninnen und Senioren

Die hervorragende Sicherheitslage in Bayern ist Ergebnis der konsequenten bayerischen Innenpolitik und ein Kernelement der hohen Lebensqualität gerade der älteren Generation. Darin waren sich der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann und der Landesvorstand der Senioren-Union bei einer virtuellen Gesprächsrunde einig. „Dass wir das sicherste Bundesland in Deutschland sind, kommt vor allem den älteren Mitbürgern zugute“, unterstrich Franz Meyer, der Landesvorsitzende der Senioren-Union. „Wir werden die erfolgreiche Innenpolitik der Bayerischen Staatsregierung, die bei der Bekämpfung von Straftaten und bei der Verkehrssicherheit einen Schwerpunkt bei älteren Menschen setzt, bis zur Landtagswahl 2023 besonders herausheben.“

„Maximale Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger ist mir eine Herzensangelegenheit. Denn Sicherheit ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse und auch Grundvoraussetzung für Lebensqualität in einem Bayern, in dem wir gerne leben“, beschrieb Innenminister Herrmann seine sicherheitspolitischen Leitlinien. „Bayern ist das mit Abstand sicherste Bundesland in Deutschland und das schon seit vielen Jahren! Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung und regelmäßig die höchsten Aufklärungsquoten.“

Schutz und Sicherheit für Senioren

Joachim Herrmann hob hervor, dass ihm trotz der allgemein hervorragenden Sicherheitslage Straftaten gegen ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger besonders nahegehen. Entsprechend wichtig ist ihm die konsequente Bekämpfung. Als besonders dreist bezeichnete er beispielsweise die Betrugsmasche, wenn 'falsche Polizisten' arglose Senioren um ihr Erspartes bringen. "Hier fahndet die Bayerische Polizei mit Hochdruck nach den Tätern und Hintermännern." Außerdem unternimmt die Bayerische Polizei nach Herrmanns Worten große Anstrengungen, ältere Menschen gezielt über Kriminalitätsgefahren zu informieren. Dazu gehören spezielle Präventionskampagnen, wie man sich am besten schützt. "Beim geringsten Verdacht bitte möglichst sofort die Polizei informieren, auch über die 110", lautet Herrmanns Ratschlag.

Verkehrssicherheitsprogramm 2030 fördert Rücksichtnahme auf Senioren

„Wir haben vergangenes Jahr unser neues Verkehrssicherheitsprogramm 2030 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ vorgestellt. Dort setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf den Schutz älterer Verkehrsteilnehmer“, führte Innenminister Herrmann zum Thema Verkehrspolitik aus. Zahlreiche Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms 2030 dienen dabei vor allem der Verkehrssicherheit von Seniorinnen und Senioren. Durch die umfangreichen Präventionskampagnen und Aufklärungsmaßnahmen solle das allgemeine Bewusstsein für die besonderen Gefahren im Straßenverkehr gefördert und die Rücksichtnahme vor allem der Autofahrer auf Senioren verbessert werden. Zusätzlich wird die Selbst- und Eigenverantwortung der Senioren gefördert.

In seinem Ausblick hob Innenminister Herrmann die Bedeutung der Arbeit der Senioren-Union als Anwalt der älteren Generation hervor. „Das Engagement als Senioren-Union der CSU trägt ganz entscheidend dazu bei, dass die Anliegen unserer schützenswerten älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger offensiv in Politik und Gesellschaft vorgetragen werden“, versicherte Joachim Herrmann dem Landesvorstand der Senioren-Union. Deren Landesvorsitzender, Altlandrat und Staatssekretär a.D. Franz Meyer fasste zusammen: „In allen Themenbereichen der bayerischen Innenpolitik wissen wir die Themen der älteren Menschen in bewährten und vor allem erfolgreichen Händen. Schließlich ist Joachim Herrmann gerade Mitglied der Senioren-Union geworden.“





Presseinformation

Senioren-Union warnt vor Werbung für Abtreibung

Schutz des Lebens muss uneingeschränkt Vorrang behalten

Anlässlich des Beschlusses des Bundeskabinetts, den § 219 a des Strafgesetzbuches zu streichen, warnt die Senioren-Union in der CSU vor Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. „Für die Senioren-Union in der CSU stand und steht der Schutz des Lebens im Vordergrund. Das Freigeben der Möglichkeit, für einen Schwangerschaftsabbruch zu werben, halten wir für unverantwortlich“, betont Franz Meyer, der Landesvorsitzende der Senioren-Union.

„Ein Schwangerschaftsabbruch ist kein medizinischer Eingriff wie jeder andere, denn es geht um das Leben eines ungeborenen Kindes“, unterstreicht Dr. med. Christian Alex, der Leiter der Arbeitsgruppe Pflege und Gesundheit in der Senioren-Union Bayern. „Deshalb ist die Entscheidungsfindung schwierig und oft sehr belastend. Die betroffenen Frauen brauchen vor allem Hilfe und Unterstützung – keine Werbung von Ärzten, die diesen Eingriff anbieten.“ Die unverändert gesetzlich vorgeschriebene Schwangerschaftskonfliktberatung durch eine staatlich anerkannte Beratungsstelle sei unverändert wichtig.

Der Paragraph 219a StGB stellt bisher die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe. Schon im Koalitionsvertrag war die Streichung dieser Regelung angekündigt worden und Bundesjustizminister Buschmann (FDP) hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Das Gesetzesvorhaben muss noch im Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.

Der Landesvorstand der Senioren-Union fordert einstimmig und mit Nachdruck, dass auch in der Zukunft die qualifizierte Beratung im Vordergrund stehen muss und keine oberflächliche Werbung für Schwangerschaftsabbrüche stattfindet.